

# Georg Zenker Rechtsanwalt

Georg Zenker, Ettaler Str 10, 10777 Berlin

rbb  
Masurenallee 8 - 1

14057 Berlin

10777 Berlin  
Ettaler Str. 10  
Tel. (030) 214 78 303  
Fax: (030) 214 78 305

Berlin, den 29.01.2011

Informationspflichtverletzung bei der Berichterstattung zum Volksentscheid Wasser in Berlin

Sehr geehrte Frau Intendantin Reim,

wir müssen leider feststellen, daß der rbb seine Informationspflichten bei der Berichterstattung zum Volksentscheid Wasser in Berlin gravierend verletzt, ja nicht ein Mal ansatzweise erfüllt und z. T. auch desinformiert.

Der rbb wird wie alle öffentlich-rechtlichen Sender zu etwa 80 Prozent durch Rundfunkgebühren finanziert und ist daher dem Gemeinwohl verpflichtet.

Der rbb ist in all seinen Programmen dem Grundsatz des unvoreingenommenen, unabhängigen, in der Sache kritischen, aber immer fairen Journalismus verpflichtet.

Der rbb soll mit seinen Angeboten in Fernsehen, Radio und Online der Information, der Bildung, der Beratung, der Unterhaltung und der Kultur dienen.

So ist jedenfalls das Postulat für den rbb in seinen Programmgrundsätzen. Der rbb erfüllt diese Verpflichtungen nicht ansatzweise.

Tatsächlich dient der rbb mit seiner Berichterstattung zum Volksentscheid Wasser in Berlin weder

der Information noch

der Meinungs-Bildung oder

der Beratung der Bürger und Wasser-Verbraucher sowohl hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte als auch ihrer Rechte und Möglichkeiten als Wasserverbraucher.

Seit dem **11. Januar 2011** versuchen Bürger Berlins vergeblich, Berichterstattung und Diskussionen zum Volksentscheid Wasser beim rbb zu erfragen bzw. anzuregen. Siehe hierzu Anlage eins.

Eine Vielzahl von Bürgern Berlins hat am 17.01.2011 über 100 Fragen in einer Pressekonferenz zum Volksentscheid Wasser öffentlich gestellt. Gleichwohl verletzt der rbb seine Informationspflicht weiter und informiert nicht über diese Fragen der Bürger Berlins von allgemeinem Interesse für alle Berliner.

Von den Mitarbeitern des rbb wurde der Erstunterzeichner mehrfach aufgefordert, sich im Internet zum Volksentscheid zu informieren.

Dabei mußte der Unterzeichner feststellen, daß der rbb mit seinen Mni-Infos im Internet **n i c h t informiert, sondern desinformiert**.

Zwei Beispiele hierfür:

Wenn ein Bürger beim rbb zum „Volksentscheid Wasser“ oder nur zum Wort „Volksentscheid“ sucht, erhält er auf den ersten beiden Seiten, die er aufrufen kann, jeweils u. a. den Beitrag: **„Wasser-Volksbegehren trotz offener Verträge.“**

### **1.) Falschbehauptung des rbb:**

„Wasser-Volksbegehren **trotz offener Verträge**

Am 13. Februar 2011 soll der Wasser-Volksentscheid abgehalten werden - zur Offenlegung von Verträgen, die mittlerweile **schon öffentlich** sind.

Der **Volksentscheid ist als Formalie nicht mehr zu stoppen** - die Initiative will sich aber noch zu Gesprächen dazu treffen.“

Die Tatsachen sind gegenteilig. Von Bürgern wurde in einer Pressekonferenz am 17.01.2011 deutlich dargelegt und sogar plastisch gezeigt: von 180 Ordnern zu den Verträgen, Nebenabsprachen, Protokollen usw. zu den sogenannten Wasserverträgen ist bisher lediglich ein einziger Ordner veröffentlicht worden.

**179 Ordner dazu sind weiter geheim.**

In der Pressekonferenz hatten Bürger 180 Ordner aufgebaut: einen gelben und

179 schwarze. Die 179 schwarzen Ordner tragen jeweils den Stempel geheim und lediglich der 180. Ordner ist als einziger bisher veröffentlicht worden. Die gegenteilige „Information“ des rbb ist daher eine Falschbehauptung. Im übrigen will sich die Bürger-Initiative schon länger nicht mehr zu Gesprächen mit dem Senat treffen.

## 2.) Falsche Information des rbb

Auf der gleichen Seite gibt der rbb „**infos im www**“:

### „Die Verträge

Die links zu den Verträgen:

[\[www.wasserpartner-berlin.de\]](http://www.wasserpartner-berlin.de)

[\[www.berlin.de\]](http://www.berlin.de)“

Es gibt keinen Link zum Wassertisch oder zu einer anderen Bürgerorganisation, die den Volksentscheid unterstützt. Jedoch enthält der Link zum Wassertisch die entscheidenden Informationen, die zur **Teil**veröffentlichung der Wasserverträge geführt haben.

Ohne die über 10jährigen Bemühungen einiger Bürger und des Wassertisches wäre bis heute auch keine **Teil**veröffentlichung der Verträge mit den Wasserbetrieben erfolgt.

Der rbb verletzt vielfach und gravierend seine Pflichten zur Information, Meinungs-Bildung und Beratung der Bürger und Wasser-Verbraucher sowohl hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte als auch ihrer Rechte, (rechtswidrigen) Benachteiligungen und Schäden seit 1999 sowie Möglichkeiten als Wasserverbraucher.

Der rbb informierte beim Volksentscheid über den Flughafen Tempelhof die Berliner -damals entsprechend den Wünschen der Berlin Regierenden- sehr

ausführlich. Ca. eine Woche vor diesem Volksentscheid gab es 2008 die  
Sendung: KLIPP UND KLAR - Sondersendung Volksentscheid – Was wird aus  
Tempelhof?

„Andreas Schneider und Caterina Zanner **diskutierten in einer 90-  
minütigen Live-Sondersendung mit:**

Ingeborg Junge-Reyer, SPD, Bürgermeisterin und Senatorin für Stadtentwicklung  
Reinhold Dellmann, SPD, Minister für Infrastruktur und Raumordnung in  
Brandenburg

zwei Vertretern der Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof e. V. (ICAT)

### **Danach stellten sich**

Michael Müller, SPD, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus

Friedbert Pflüger, CDU, Fraktionsvorsitzender

Carola Blum, DieLinke., Fraktionsvorsitzende

Franziska Eichstädt-Bohlig, Bü'90/Grüne, Fraktionsvorsitzende

Martin Lindner, FDP, Fraktionsvorsitzender

**den Fragen der Zuschauer.“**

Wir fordern die zumindest gleiche Information, Möglichkeiten zur Meinungs-  
Bildung und Beratung der Berliner Bürger und Wasser-Verbraucher wie im April  
2008 zum Volksentscheid Flughafen.

Soweit der rbb kurzfristig keine eigene Dokumentation zum Volksentscheid  
Wasser erstellen kann, besteht die Möglichkeit, einen der Filme „Water makes  
Money“, „Wasser unterm Hammer“ oder „Flüssiges Berlin“ ganz oder teilweise  
aufzuführen.

Es stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Pflicht zur Information und Beratung  
der Berliner Bürger und Wasser-Verbraucher dar, wenn sich diese die Filme nur  
privat in Berliner Filmtheatern ansehen können.

Der rbb verstößt hier auch gegen seine Pflicht, zur Meinungs-Bildung der Bürger  
beizutragen.

Der Erstunterzeichner bietet dem rbb ausdrücklich seine Mithilfe an, damit z. B.  
die vorgenannten Filme kurzfristig ausgestrahlt und die Pflicht zur Information

und Beratung der Berliner Bürger adäquat erfüllt werden können.

Aus Sicht vieler Bürger ist den Initiatoren von Volksentscheiden vor den Abstimmungen -wie den Parteien vor den Wahlen z. B. zum Abgeordnetenhaus- die Möglichkeit zu geben, ihr Anliegen den Berliner Bürgern in eigenverantwortlichen Beiträgen (von wenigen Minuten) darzulegen. Diese Möglichkeit fordern wir für den Berliner Wassertisch vor der Abstimmung am 13. Februar 2011.

Wir erwarten schnelle Erfüllung der Pflichten zur Information und Beratung der Berliner Bürger und Wasser-Verbraucher und umgehende Beiträge, die eine Meinungs-Bildung der Bürger Berlins zum Volksentscheid Wasser ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

## Anlage 1

Der Erstunterzeichner hat eine Vielzahl von Telefonaten mit Mitarbeitern des rbb zur Berichterstattung usw. zum Volksentscheid Wasser geführt, u.a. am

24.1.11, 11.50 Uhr mit Frau Sophia Bernard, Chefredaktion Information: Zusage der Information des Unterzeichners durch Frau Bernard bis 25.1.2011 (Erstunterzeichner hinterläßt hierfür seine Tel.-Nr. und seine Mail-Adresse bei Frau Bernard)

24.1.11, 15 Uhr mit Frau Gerlach, Programmdirektion: Zusage der Information durch Frau Gerlach bis 26.1.2011 (Erstunterzeichner hinterläßt hierfür wieder seine Tel.-Nr. und seine Mail-Adresse bei Frau Gerlach)

25.1.11, 15.30 Uhr mit Service: die Dame kann ebenfalls keine geplanten Sendungen mitteilen.

Hinweis der Dame: beim Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof war auch viel mehr Interesse bei den Berlinern vorhanden. Auf den Hinweis des Unterzeichners, daß damals auch Millionen Sponsoring für die Kampagne zur Verfügung stand und im Gegensatz hierzu beim Volksentscheid Wasser kein Geld, erwidert die Dame: darüber will ich jetzt nicht mit Ihnen diskutieren.

25.1.11, 15.45 Uhr: in einem weiteren Telefonat mit Frau Wiesner weiß sie bereits von meinem Anruf vom 24.01.11 bei der Programmdirektion und lehnt daher jegliche Auskunft ab. Frau Wiesner bestätigt noch ein Mal, daß mir Frau Gerlach die erbetenen Auskünfte erteilen wird.

**Entgegen der Zusage vom 24.1.2010 keine Information durch Frau Gerlach (oder eine andere Person) bis 28.1.2011, 17 Uhr (später Freitagnachmittag)**

28.1.2011, 16 Uhr, Anruf des Unterzeichners. Längere Zeit wird der Unterzeichner mit Hinweis auf die Gleitzeit und darauf, daß die vorgenannten Damen nicht mehr erreichbar sind, nicht weiterverbunden. Erst als der Unterzeichner mit dem diensthabenden Vorgesetzten verbunden werden will, wird er mit Frau Bernard verbunden. Diese zeigt sich überrascht, daß Frau Gerlach den Unterzeichner nicht informiert hat und sagt zu, hierzu Kontakt zu Frau Gerlach aufzunehmen. Erstunterzeichner hinterläßt hierfür noch ein Mal seine Mail-Adresse bei Frau Bernard

28.1.2011, 17 Uhr, e r s t e r Anruf vom rbb durch Frau Gerlach, Programmdirektion, als erste und einzige Reaktion aller Bemühungen seit dem 11.01.2011.

Ergebnis: es gibt keine einzige Sendung weder beim Fernsehen noch beim Hörfunk zum Volksentscheid Wasser in Berlin; die tagesaktuelle Berichterstattung (= Hinweis in den Nachrichten am 13.02.2011) ist noch nicht bestimmbar. Der Unterzeichner erhält trotz ausdrücklichem Wunsch keine schriftliche Benachrichtigung durch eine Mail. Frau Gerlach sieht auch kein Defizit in der Berichterstattung und zur Information über den Volksentscheid Wasser.

Der Unterzeichner weist Frau Gerlach darauf hin, daß dieses Defizit in der Berichterstattung zum Volksentscheid zu Gewaltmaßnahmen führen kann. Frau Gerlach will daraufhin das Gespräch abbrechen.